

Arbeitslosigkeit sinkt stärker als in den vergangenen 15 Jahren - die neue Arbeitsmarktpolitik entfaltet ihre Wirkung

Statement des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit Wolfgang Clement anlässlich der Pressekonferenz zum Arbeitsmarkt im Oktober 2005

Die aktuellen Konjunkturindikatoren deuten auf eine bevorstehende wirtschaftliche Belebung. Unsere Arbeitsmarktreformen entfalten immer mehr Wirkung. Die Chance nimmt jetzt Konturen an, dass wir die Arbeitslosigkeit in Deutschland dauerhaft reduzieren können.

Fast alle unsere europäischen Nachbarn haben ebenfalls tief greifende Reformen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik angepackt. Alle Erfahrungen lehren: Neue Strukturen lassen sich nicht von heute auf morgen schaffen, sondern ihre Realisierung braucht Zeit. Das kann bis zu fünf Jahren dauern. Insbesondere das Jahr 2005 war hierzulande mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende ein Jahr des Umbruchs. In diesem Herbst ernten wir die ersten Erfolge.

I. Aktuelle Lage am Arbeitsmarkt

1. Im Monat Oktober

Insgesamt waren im Oktober 94.000 Menschen weniger arbeitslos als im September 2005. Das ist der höchste Rückgang in einem Oktober seit der Wiedervereinigung (höchster Rückgang in den Jahren 1998 und 2000: jeweils 73.000). Im Durchschnitt der letzten fünf Jahren (2000 bis 2004) betrug der Rückgang im Oktober lediglich 42.000.

Die Zahl der Arbeitslosen sank damit auf ca. 4,556 Millionen. Das bedeutet: Seit dem Höchststand vom Februar 2005 konnte die Arbeitslosigkeit um rund 660.000 abgebaut werden.

Die aktuelle Arbeitslosenquote beträgt 11,0 Prozent.

Ein besonderes Indiz für die Wirksamkeit der Reformen sind die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen, aus denen sowohl die Frühjahrs- als auch die aktuelle Herbstbelebung herausgerechnet sind. Diese Zahl der Arbeitslosen nahm danach im Oktober um weitere 36.000 ab. Damit beträgt der saisonbereinigte Rückgang seit März insgesamt rund 220.000.

Der verbleibende Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr von 349.000 geht mittlerweile ausschließlich auf den statistischen Sondereffekt durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (350.000) zurück.

2. Vorausschau auf 2006

In ihren aktuellen gesamtwirtschaftlichen Eckwerten geht die Bundesregierung davon aus, dass die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2006 um 125.000 sinken wird (auf 4,699 Mio.). Ähnlich sehen dies auch die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten (Jahresdurchschnitt 2006: 4,755 Mio.).

Wie die Lage sich tatsächlich entwickeln wird, hängt nicht zuletzt davon ab, welche Entscheidungen eine große Koalition treffen wird und ob und wie der Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vor Ort forciert wird.



3. ILO-Statistik

Nach der internationalen Vergleichstatistik der ILO betrug die Arbeitslosenquote in Deutschland im September 2005 7,9 Prozent, die Gesamtzahl der Arbeitslosen 3,35 Millionen. Das ist gegenüber August ein Rückgang von 640.000.

Derzeit werden die monatlichen Zahlen nach dem ILO-Standard aus einer monatlichen Telefonerhebung mit 30.000 Befragten gewonnen. Im Laufe des nächsten Jahres wird das Statistische Bundesamt dann auf den kontinuierlich laufenden Mikrozensus umsteigen. Damit ist für die Zukunft eine monatliche Berichterstattung nach ILOStandard gesichert.

Ich empfehle der neuen Koalitionsregierung im nächsten Jahr auf der Bundesebene offiziell auf diese in 120 Staaten gebräuchliche Statistik umzusteigen. Damit gewinnen wir ein realistisches Bild von Erwerbstätigkeit und wirklicher Arbeitslosigkeit und einen international gebräuchlichen Vergleich.

Zur Erinnerung: Nach der jetzigen Statistik zählen wir in Deutschland z.B. Menschen als arbeitslos, die sich nur im Hinblick auf Wartezeiten bei der Rente arbeitslos melden und ausdrücklich keine Arbeit suchen. Und anders als international üblich werden auch Menschen als arbeitslos eingestuft, die einer Teilzeitbeschäftigung im Umfang von mehr als einer, aber weniger als 15 Stunden wöchentlich nachgehen.

II. Was haben die Reformen bisher bewirkt?

1. Reform der Bundesagentur

Der Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einem modernen Dienstleister am Arbeitsmarkt wird am Ende dieses Jahres - das heißt schon nach knapp zwei Jahren! - abgeschlossen sein.

Die neuen Job Center mit Kunden- und Unternehmerservice werden dann flächendeckend in ganz Deutschland zur Verfügung stehen. Zum Vergleich: In Großbritannien hat der Umbau der Arbeitsverwaltung insgesamt acht Jahre in Anspruch genommen.

2. Erfolge des Umbaus beim Arbeitslosengeld II

Die ersten Erfolge dieses Umbaus - die effektivere Betreuung und Vermittlung - lassen sich an folgenden Ergebnissen ablesen:

Die Zahl der Arbeitslosen, die in eine Erwerbstätigkeit gekommen sind, ist heute um 20% höher als noch vor einem Jahr, der Zugang aus Erwerbstätigkeit um 10% geringer. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit von der Anmeldung bis zur Abmeldung ist rückläufig, genauso wie die durchschnittliche Dauer des Leistungsbezugs.

Damit schafft die Reform im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit auch den Spielraum für eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Ab 1. Juli 2006 steht dem Gesetzgeber das Potenzial für eine Beitragssenkung um einen halben Prozentpunkt auf sodann sechs Prozent zur Verfügung.

3. Erreichtes beim Arbeitslosengeld II

Im Bereich der neuen Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II) haben wir jetzt die volle Handlungsfähigkeit erreicht.

- Wir haben 1,32 Mio. Bedarfsgemeinschaften aus der ehemaligen Sozialhilfe in das neue System gebracht; damit sind über 90 Prozent der bisherigen Sozialhilfeempfänger in der Arbeitsvermitt-



lung und haben gleichen Zugang wie die bisherigen Arbeitslosenhilfebezieher zu Eingliederungsleistungen.

- Die Voraussetzungen für eine intensive Einzelfallbetreuung sind gegeben: Der Betreuungsschlüssel für Jugendliche unter 25 Jahren von 1:75 ist überall in Deutschland Realität, in einigen Regionen ist er sogar besser.
- Bei den Erwachsenen über 25 Jahren haben wir einen Betreuungsschlüssel von 1:180 erreicht und wollen alsbald bei 1:150 ankommen.
- Das grundlegende Prinzip des "Fördern und Fordern" kommt jetzt mit dem zunehmenden Einsatz der aktivierenden Instrumente Zug um Zug zur Geltung. Nicht nur die Zusatzjobs, sondern alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen werden - nachdem die Arbeitsgemeinschaften jetzt voll handlungsfähig sind - verstärkt genutzt werden.

Die Umsetzung der Rahmenvereinbarung zur Weiterentwicklung der Organisation der ARGEen ist ebenfalls in Gang. Die kommunale Seite kann jetzt überall in Deutschland die Führung übernehmen.

Die Kommunalisierung, d.h. die Übernahme der Verantwortung für die Vermittlung vor Ort, kann jetzt überall stattfinden.

Deshalb kann ich auch nicht zu neuen Organisationsdiskussionen raten. Jetzt sollte sich in der Praxis bewähren können, was im Sommer 2004 von Regierung und Opposition gemeinsam auf den Weg gebracht wurde.

4. Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildung

Der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist Schwerpunkt unserer Arbeitsmarktpolitik. Dafür stehen mit Hartz IV so viele Geldmittel (6,8 Milliarden), Instrumente und Fördermöglichkeiten zur Verfügung wie nie zuvor.

Die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren ist im Oktober um 58.000 auf 564.000 gesunken. Dieser Rückgang liegt deutlich über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre (2000 bis 2004: -45.000).

Nachdem der statistische Sondereffekt durch Hartz IV die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen in den ersten Monaten des Jahres noch um etwa 74.000 hat ansteigen lassen, führen nun bessere Betreuung und der verstärkte Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu einem deutlichen Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit. Seit dem Höchststand im Februar (680.000) ist die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren bis Oktober um 116.000 gesunken. Der gemeinsam mit der BA ausgelobte "Deutsche Förderpreis Jugend in Arbeit" wird hier weitere Impulse geben.

Der Anteil der Jugendlichen, die länger als drei Monate arbeitslos sind, geht kontinuierlich zurück. Unser Ziel bleibt: Noch in diesem Jahr soll kein Jugendlicher unter 25 länger als drei Monate arbeitslos bleiben.

Allerdings sind wir von diesem Ziel noch deutlich entfernt. Mein Appell an die Agenturen, ARGEen und Kommunen heißt: Jetzt ist voller Maßnahmen- und Mitteleinsatz nötig! Systematisch müssen mit allen arbeitslosen Jugendlichen qualifizierte Eingliederungsvereinbarungen abgeschlossen und aktiv umgesetzt werden. Die Finanzmittel dafür stehen bereit. Darum will ich auch bei meinem nächsten Treffen mit den Geschäftsführern der großen ARGEen bitten.

Der Ausbildungspakt ist ein Erfolgsmodell und muss fortgeführt werden. Durch die von den Paktpartnern gemeinsam durchgeführte Nachvermittlung konnte die Zahl unvermittelter Bewerber bis Mitte Oktober um 7.100 auf 33.800 gesenkt werden, das sind 1.600 weniger als im Vorjahr. Dies ist umso erfreulicher, als bereits zum Bilanzstichtag 30. September in diesem Jahr weniger unvermittelte Bewerber als im Vorjahr registriert waren. Zugleich nahm die Zahl der Ende September noch unbesetz-

ten Ausbildungsplätze um 3.200 auf 9.400 ab. Damit hat sich die "rechnerische Lücke" zwischen den Ende September noch unvermittelbaren Bewerbern und der noch unbesetzten Ausbildungsstellen um 3.900 auf 24.400 verringert. Durch die intensiven Anstrengungen wird in den nächsten Monaten die Zahl unvermittelter Bewerber weiter reduziert. Allen Jugendlichen, die zu den Nachvermittlungsaktionen erscheinen, wird eine Ausbildung, eine Einstiegsqualifizierung oder eine sonstige Qualifizierungsmöglichkeit angeboten.

In überschaubarer Zeit - wenn der Ausbildungsmarkt wieder ausgeglichen sein wird - sollte nach meiner Meinung aus dem Ausbildungspakt ein "Fachkräftepakt" werden. Denn dann werden wir es - was heute noch recht unwahrscheinlich erscheint - mit einem umfassenden Fachkräftemangel zu tun bekommen.

III. Was kann und muss jetzt noch getan werden, um die Arbeitslosigkeit mit den Mitteln der Beschäftigungspolitik weiter zu senken?

- Die konsequente Umsetzung von "Fördern und Fordern", die persönliche Betreuung und Vermittlung ist entscheidend.
- Wir brauchen ein neues Verhältnis zwischen Unternehmen und Arbeitsvermittlung. Die Betriebe sollten die Agenturen, die Arbeitsgemeinschaften und die Optionskommunen wieder als ihre allzeit bereiten regionalen Partner annehmen.
- Der konsequente Einsatz aller Förderinstrumente muss weiter forciert werden. Qualifizierte Eingliederungsvereinbarungen, die auf die Stärken und Schwächen des Einzelnen eingehen und die Arbeitsmarktlage beachten, müssen noch stärker als bisher in das Blickfeld der Fallmanager rücken. Ein breites Spektrum an Fördermöglichkeiten - von der Schuldnerberatung über die Qualifizierung bis hin zu verschiedenen Formen eines individuellen Kombilohns auf der Grundlage von Eingliederungszuschüssen und Einstiegsgeld - steht zur Verfügung.
- Das Kümmern um die Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik muss weiter verstärkt werden. Ein Beispiel dafür ist unser Beschäftigungspakt für Ältere mit 30.000 Zusatzjobs für über 58-Jährige.
- Wir brauchen mehr Jobs für geringere Qualifizierte, insbesondere durch bessere finanzielle Unterstützung im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen und bessere steuerliche Absetzbarkeit von Handwerksleistungen im Haushalt. Grundsätzlich geht es darum, den Privathaushalt als Arbeitgeber anzuerkennen und seine Beschäftigungspotenziale für reguläre Arbeit zu erschließen.
- Bekämpfung der Saisonarbeitslosigkeit, insb. Winterbaureglung. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Jahr für Jahr vor allem Bauarbeiter witterungsbedingt entlassen werden, obwohl sie auch in der kalten Jahreszeit zumindest teilweise produktiv eingesetzt werden könnten. Wir haben uns daher am 22. August mit Spitzenvertretern der Arbeitgeberverbände des Bauhauptgewerbes sowie der IG BAU auf ein Konzept zur künftigen Förderung der ganzjährigen Beschäftigung ab der Schlechtwetterzeit 2006/2007 geeinigt. Das Konzept ist auf Grund der weit reichenden Änderungen und notwendigen Umstellungen im tarifvertraglichen Bereich sowie bei den Arbeitgebern und der Arbeitsverwaltung nicht früher realisierbar. Der Referentenentwurf für ein einzuleitendes Gesetzgebungsverfahren wird derzeit erarbeitet.

Im Vorgriff auf diese Neuregelung habe ich auf dem Gewerkschaftstag der IG BAU am 3. Oktober 2005 vorgeschlagen, einmalig in der Schlechtwetterzeit 2005/2006 den Arbeitgebern, die ihre Arbeitnehmer in der Schlechtwetterzeit fortbeschäftigen, durch die Bundesagentur für Arbeit zu entlasten. Arbeitgeber, die bei lang andauernden witterungsbedingten Arbeitsausfällen ihren Arbeitnehmern nicht kündigen, sollen beim Bezug des beitragsfinanzierten Winterausfallgeldes die eigentlich individuell zu schulternden Sozialversicherungsbeiträge erstattet bekommen. Um dieses Programm aus

Mitteln der Bundesagentur für Arbeit finanzieren zu können, ist eine Gesetzesänderung notwendig. Ich hoffe, dass dieser Vorschlag in den derzeitigen Koalitionsgesprächen aufgenommen wird. Beide Vorschläge liegen den Unterhändlern zur großen Koalition vor.

Wir werden außerdem überlegen, wie solche Modelle auch auf andere Bereiche - zum Beispiel die Landwirtschaft - übertragen werden können.

IV. Maßnahmen gegen Leistungsmissbrauch /Überprüfung der Instrumente

1 . Untergesetzliche Maßnahmen gegen Leistungsmissbrauch

- Verstärkung der Internen Revision; Probleme gibt es nicht nur in Köln, wie ein Revisionsbericht zeigt, sondern offensichtlich auch in anderen großen Städten wie Berlin, Hamburg oder Hannover.
- Der begonnene Call-Center-Einsatz zur Überprüfung des Datenbestandes muss zu einer permanenten Einrichtung werden.
- Kontrollen gegen Missbrauch: Dafür sind von der Bundesagentur über 400 Mitarbeiter im Einsatz. Auch die ARGen sind gefordert, Kontrollen durchzuführen und dazu auch Kontrollteams einzusetzen.
- Die rechtlichen Voraussetzungen für einen umfassenden Datenabgleich sind gegeben; der Datenabgleich ist auch EU-weit möglich. Für die entsprechende Zusammenarbeit außerhalb der EU arbeiten wir an bilateralen Vereinbarungen.
- Für den Umgang mit selbstständigen Antragstellern werden Handreichungen zur Berechnung von Unternehmererträgen erstellt.
- Die Bekämpfung der Schwarzarbeit muss so intensiv wie möglich fortgesetzt werden. Prof. Schneider, der zu dem Thema seit vielen Jahren forscht, schätzt, dass ca. 20 Prozent der Leistungsempfänger von Grundsicherung "schwarz" arbeiten.

2. Gesetzliche Maßnahmen gegen Leistungsmissbrauch und Fehlentwicklungen

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ist es geboten, volljährige Kinder bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres bzw. bis zur Beendigung der Erstausbildung in die Bedarfsgemeinschaft der Eltern einzubeziehen. Bei unter 25jährigen, die erstmals eine Wohnung beziehen, muss die Übernahme von Leistungen zum Lebensunterhalt von der vorherigen Zustimmung des Leistungsträgers abhängig gemacht werden. Die damit verbundene Anpassung der Leistungsansprüche wirkt derzeit erkennbaren Fehlentwicklungen bei der Leistungsgewährung an junge Erwachsene entgegen.

Weiterhin halte ich eine Überprüfung und Straffung des arbeitsmarktpolitischen "Instrumentenkastens" nach dem Kriterium der Eingliederungseffizienz für geboten. Dabei sind auch die Erfahrungen der BA intensiv auszuwerten. Ich unterstütze ausdrücklich die Vorschläge des Vorstands, die Förderinstrumente zur Existenzgründung (Ich-AG und Existenzgründungszuschuss) zu straffen und zusammenzufassen, und die PSA wirkungsorientiert zurückzuführen.

V. Zu alldem: Konsequente Wachstumspolitik ist nötig!

Unsere Arbeitsmarktreformen sind "lernende Reformen", die Veränderungen von ökonomischen Rahmenbedingungen einerseits und des menschlichen Verhaltens andererseits stetig Rechnung tragen müssen. Wenn es Veränderungsbedarf gibt, wird gegebenenfalls zu reagieren sein. Instrumente sind veränderbar, das Ziel bleibt das gleiche:



Ein aufnahmefähigerer, beweglicher Arbeitsmarkt, der wieder mehr Menschen die Chance auf Aufstieg, auf eine gute Ausbildung und ein anständiges Einkommen gibt. Ein flexiblerer Arbeitsmarkt ist aber nur eine Voraussetzung für den spürbaren Abbau der Arbeitslosigkeit. Effiziente Güter- und Dienstleistungsmärkte, wie wir sie z.B. mit unseren Reformen im Handwerk geschaffen haben, zählen gleichermaßen dazu. Zwingende Voraussetzung für einen nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit aber ist, dass die Wirtschaft auf einen dauerhaft höheren Wachstumspfad einschwenkt und das Trendwachstum mittelfristig wieder deutlich über 1,5 Prozent steigt. Nur so werden aus Wachstum wieder mehr reguläre Arbeitsplätze, nur so kann der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gestoppt und umgekehrt werden. Das muss oberste Meßlatte der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der neuen Regierung sein.

Dazu braucht es eines stimmigen Dreiklangs aus Sparen, Reformieren und Investieren, also aus Rückführung überlebter Subventionen (Eigenheimzulage), aus der Öffnung neuer Märkte (z.B. bei den handwerklichen und den Haushaltsdienstleistungen) und aus höheren öffentlichen wie privaten Investitionen (Gebäudesanierung, Infrastrukturfinanzierung durch PPP).

Höhere Investitionen sind der Schlüssel zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Sie müssen flankiert und stimuliert werden durch attraktivere steuerliche Rahmenbedingungen, wie auf dem Job-Gipfel bereits beschlossen.

Und sie müssen nicht zuletzt flankiert werden durch eine Geldpolitik, die trotz der momentanen hohen Ölpreise mutig das Zinsfenster für höheres wirtschaftliches Wachstum im Euro-Raum offen hält.

Die Signale aus der deutschen Wirtschaft, dem Schwergewicht des Euro-Raums, weisen jedenfalls klar aufwärts, und auch auf dem Arbeitsmarkt stabilisieren sich die positiven Entwicklungen. Endgültig durchsetzen aber werden sie sich nur, wenn die Wirtschaft insgesamt ausreichend Wasser, sprich Liquidität, unter dem Kiel behält.

Nach: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Statement Wolfgang Clement am 02.11.2005

Der vollständige Text kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:

<http://www.bmwa.bund.de/Navigation/Presse/reden-und-statements.did=79538.html>

Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.

